



DER ROTE SPATZ

Informationsblatt des Dessauer SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit den Ergebnissen der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz können wir zufrieden sein. Die nächste Landtagswahl findet in diesem Jahr in Sachsen-Anhalt statt. In Dessau-Roßlau wird auch gleichzeitig ein neuer Oberbürgermeister gewählt. Den April werden wir also weiterhin zu Wahlvorbereitung nutzen.

Überrascht waren die Mitglieder des SPD-OV-SiZiKü und Dessau-Süd über die Entscheidung des SPD-Stadtvorstands, die sich mehrheitlich für die Unterstützung des OB-Kandidaten Ralf Peter Weber ausgesprochen hatten. Die Vorstellung von beiden Kandidaten im Ortsverein stand zu diesem Zeitpunkt aber noch aus. Gemeinsam mit dem OV-Süd hatten wir uns verständigt, zu warten bis alle Kandidaten feststehen und erst dann eine Entscheidung zu fällen.

Der Corona-Virus ist nach einem Jahr immer noch da. Leider wird nun auch das Osterfest dadurch beeinträchtigt werden. Wir können nur raten weiterhin vorsichtig zu bleiben und sich an die AHA-Regeln zu halten. Hoffen wir auf baldige Impftermine!

Christine Walther, Daniel Kutsche, Daniela Koppe, Robert Hartmann, Joachim Volger und Daniel André Bräsecke

„Die Blockade der Beitragserhöhung war ein Bären-dienst für die Beitragszahler*innen“

Holger Hövelmann

Der Landtag von Sachsen-Anhalt beriet am 11.03.2021 noch einmal zu der im Dezember gescheiterten Erhöhung der Beiträge für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Der medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Holger Hövelmann, kritisierte in seiner Rede vor dem Plenum die Folgen für das Rundfunkprogramm und die Rundfunkanstalten durch das Ausbleiben der Beitragserhöhung: „ARD und ZDF rechnen bis Ende 2021 mit einem Fehlbetrag von 215 beziehungsweise 150 Millionen Euro in ihrem Etat.“



Der Ausbau des DAB+-Netzes wurde deswegen bereits zurückgestellt; Einsparungen am Programm sind absehbar. Statt neuer und innovativer Formate werden wir somit in Zukunft öfter Wiederholungen zu sehen bekommen.“ Da auch in Sachsen-Anhalt beispielsweise der Umbau des MDR-Landesfunkhauses in Halle und die Einrichtung der zentralen ARD-Kulturplattform als Projekte auf der Kippe stehen, konstatiert Hövelmann: „Die Blockade der Beitragserhöhung war ein Bären-dienst für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler.“

Insbesondere für die anstehende Novellierung des Staatsvertrags für den Mitteldeutschen Rundfunk müssen daher die Ereignisse des

vergangenen Dezembers eine Lehre für alle politischen Akteure sein.

„Unser Land braucht einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk, einen von privatwirtschaftlichen Überlegungen unabhängigen Journalismus und ein vielfältige Interessen abdeckendes Angebot“, führte Hövelmann aus und mahnte: „Lassen sie uns sachlich an die anstehenden Fragen herangehen. Nur so erreichen wir Ergebnisse, von denen die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler wie auch der Rundfunk langfristig profitieren können.“

Ein Jahr Corona-Pandemie

Christine Walther / Joachim Volger

Wir leben in einer Demokratie , in der Meinungsvielfalt erwünscht ist und Demonstrationsfreiheit besteht. Allerdings darf diese nicht so weit gehen, dass andere Menschen Schaden nehmen oder Unwahrheiten und Falschmeldungen verbreitet werden.

Ich finde das Recht auf Unversehrtheit ist höher zu stellen als das Recht auf Versammlungsfreiheit. Deshalb gibt es aber auch immer sehr viele Auflagen bei den Demonstrationen, die aber leider nicht eingehalten werden und auch nicht überall kontrolliert werden können. Nebenbei gesagt, gibt es auch in Dessau immer noch einige Menschen, die sich in den Geschäften nicht an die AHA-Regeln halten.

Durch die wenigen Erfahrungswerte mit solch einer Pandemie wurden viele Entscheidungen in der Vergangenheit nur sehr zögerlich getroffen. Es allen Recht zu machen, wird auch von der Politik nicht geleistet werden können. Etwas mehr Kreativität, Schnelligkeit und Ehrlichkeit sowie auch eine bürgernahe, tagesaktuelle Information und eine unbürokratische Impfterminvergabe hätte ich mir aber schon von der Regierung und den Länderchefs gewünscht.

Durch die Pandemie sind einige Mängel in der Gesellschaft zutage getreten. Die Gesundheitsämter sind teilweise noch schlecht mit moderner Technik ausgestattet. Ebenso ergeht es den Schulen. Der Föderalismus im Bildungswesen erweist sich hier auch wieder einmal als Hindernis. Jeder Ministerpräsident möchte sich profilieren, indem er seine eigenen Vorstellungen durchsetzen will. Dies fand ich auch sehr unschön. Die Bereicherung von CDU-Politikern beim Handel mit Masken ist wirklich zu ächten.

Zum Glück bringen die meisten Menschen viel Verständnis auf und sind rücksichtsvoll. Eine Diskussion mit Coronaleugnern und Staatsgegnern erspare ich mir. Die Menschen sind meist für Argumente nicht offen. Leider gibt es auch in unserer Familie oder im Bekanntenkreis Vertreter, die sich nicht an die Regel halten. Oft hört man auch die Behauptung, dass Corona nur eine Erfindung der Politik ist. Das ist problematisch.

Nun gibt es neue Lockerungen, aber gleichzeitig gehen die Zahlen wieder hoch. Wir befeuern damit die dritte Welle und werden sie so auch verlängern.

An manchen Stellen werden Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, aber um Schulen mit Luftfiltern o.ä. auszustatten, wird kein Geld in die Hand genommen. Der Föderalismus hat eben nicht nur Vorteile. Wir reden von Europa und haben die Kleinstaaterei nicht überwunden. Wenn es drauf ankommt, hat die EU keine Macht und jedes europäische Land macht was es denkt. Analog handeln momentan auch die Bundesländer.

Andererseits kann man ein Land aber auch nicht ewig in einem Lockdown halten. Vielen steht das Wasser ja bereits bis zum Hals und sie wissen nicht, wie es weiter gehen soll. Ich möchte derzeit auch nicht in der Haut der Politiker bzw. sonstiger Entscheidern stecken. Wie findet man unter den jeweils aktuellen Bedingungen die jeweils passende Balance zwischen Gesundheitsschutz und normalem Leben?

Das alles wäre eigentlich kein Problem, wenn es endlich vorwärtsgehen würde mit dem Impfen. Hoffen wir, dass es mit der EU-Zulassung für weitere Impfstoffe bald voran geht.

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.spd-dessau-rosslau.de

Eine virtuelle Menschenkette für Dessau-Roßlau

Christine Walther

Eine virtuelle Menschenkette für Dessau-Roßlau ist eine erfolgreiches Projekt und hatte vollen Erfolg. Die Idee sollte nicht nur zur Erinnerung an den 7. März 1945 weiterleben, wo Dessaus Innenstadt fast vollständig zerstört wurde, sondern auch ein Beitrag sein, den Zusammenhalt der Menschen in unserer Stadt zu stärken. Ein großes Dankeschön an alle Teilnehmer und ganz besonders die SPD-Mitglieder, die an der Aktion teilgenommen haben:

Robert Hartmann, Holger Hövelmann, Ingeborg Arnold, Ralph Porsche, Daniel Kutsche, Jürgen Thielemann, Christine Walther, Karamba Diaby, Thomas Walther und Torsten Ernst. Ich hoffe, dass ich niemanden vergessen habe.



"Demokratie leben bedeutet für mich ..."

„Frei zu sein.“ „Gemeinsam zu gestalten.“ „Das Ehrenamt stärken, fördern und begleiten.“ „Null Toleranz gegen Rechts.“ „Einigkeit, Recht und Freiheit.“ „Die Freiheit zu schützen.“ „Die Gesellschaft aktiv mitzugestalten.“ „Sich einbringen, gehört werden und aktiv mitzugestalten.“ „Vielfalt, Solidarität und Teilhabe auf allen Ebenen.“ „Meine Meinung zu sagen und andere zu hören.“ „Dass die Würde des Menschen unantastbar ist.“ „Rückgrat beweisen.“ „Für menschliches Miteinander, gegen Hass und Hetze.“

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.spd-dessau-rosslau.de

Wir brauchen neue Formen der Demokratie

Christine Walther

Die SPD sucht schon lange eine Vision einer lebenswerten Zukunft. Da in diesem Jahr die Bundestagswahlen stattfinden, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung namhafte Persönlichkeiten zu unterschiedlichen Videokonferenzen eingeladen und mit ihnen über das Thema Demokratie diskutiert. Das Positive an der Pandemie ist, dass viele Veranstaltungen jetzt online und über die Landesgrenze hinweg zu besuchen sind. Die neuen Möglichkeiten habe ich gleich genutzt und an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen.

Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit und Beteiligungsverfahren kennzeichnen die Demokratie. Es gibt allerdings auch Länder, die vorgeben eine Demokratie zu sein, aber diese Bedingungen nicht erfüllen. Hierbei seien Russland und die Türkei genannt. Man spricht von Scheindemokratien.

Extremismus und steigender Populismus sind Herausforderungen an die Demokratie, aber auch eine sinkende Wahlbeteiligung und der Mitgliederschwund und Vertrauensverlust bei den großen Parteien sollten ernst genommen werden. Die repräsentative Demokratie stößt an ihre Grenzen. Es gibt Klagen über realitätsferne Politiker und Politikverdrossenheit.

Die Gesellschaft ändert sich durch die Globalisierung und den modernen Fortschritt stetig und die Politik muss bei ihren Entscheidungen mithalten. Bürger in diesen Prozess einzubeziehen kostet Zeit, aber zahlt sich langfristig aus. Neue Formen der Demokratie gilt es zu ermöglichen. Die Bürger wünschen sich mehr Mitsprache bei politischen Entscheidungen. Bürgerräte, Bürgerinitiativen und lokale Bürgerbegehren sind z.B. solche Möglichkeiten. Kinder- und Jugendparlamente, Behinderten- und Seniorenbeiräte sind in vielen Städten entstanden. Auch Bürgerhaushalte gehören dazu. In Frankreich hat sich ein Klima-Rat gebildet und auch die Gelb-Westen-Bewegung wird dort in politische Prozesse einbezogen.

Von der Arbeit der Stadtbezirksbeiräte ist leider momentan wenig zu hören. Bisher fühlen sich viele Mitglieder dieses Gremiums kaum berücksichtigt bei Stadtrats-Entscheidungen. Sie führen zwar ihre Sitzung durch und stimmen über Stadtrats-Vorlagen ab, aber haben so gut wie gar keine weiteren Einflussmöglichkeiten. Hier muss sich etwas ändern.

Wie können Bürger rechtzeitig und besser in die Vorbereitung von städtischen Vorhaben eingebunden werden? Letztlich geht es darum, das Verhältnis zwischen Behörden und Bürgerinitiativen aktiver zu gestalten. Das Stadtplanungsamt hat eigentlich schon mit der Planung der Stadteinfahrt Ost gemeinsam mit freiwilligen Bürger*innen ein beispielhafte

Zusammenarbeit entwickelt. Bei anderen wichtigen Vorhaben der Stadt sollte nachgezogen werden.

Bei Nichteinbeziehung in Prozesse entwickelt sich Frust und politisches Desinteresse. Das letzte, was wir gebrauchen können, ist die Entwicklung zu autoritären Strukturen, die eigentlich in einer modernen Stadtverwaltung überholt sein sollten.

Es gilt weitere Möglichkeiten, die demokratische Mitbestimmung zu verbessern, zu suchen und zu nutzen. Die Bildung von Bürgerräten könnte ein Versuch wert sein. Auch die von der Stadt geplante Zukunftskonferenz könnte zu einer besseren Zusammenarbeit beitragen.

Unsere Aufgabe als SPD muss es sein, das Leben demokratischer und lebendiger zu machen. Dabei sollten wir uns auch z.B. für Bürgerinitiativen oder Bürgerbewegungen öffnen und diese unterstützen. Die beschränkte Gastmitgliedschaft in der SPD ist ein Beispiel, um in die Arbeit der Ortsvereine Einblick zu nehmen.

"Fremdenfeindlichkeit und Rassismus
sind die Feinde der Demokratie."

Marie-Louise Coleiro Preca



Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.spd-dessau-rosslau.de

SPD-Landtagsfraktion spendet 3000 Euro für soziales Angebot der AWO in Roßlau

Holger Hövelmann

Die SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt hat dem AWO Kreisverband Wittenberg e.V. eine Spende in Höhe von 3012,50 Euro übergeben. Die symbolische Scheckübergabe erfolgte am Montag durch die Fraktionsvorsitzende Dr. Katja Pähle gemeinsam mit dem Wahlkreisabgeordneten Holger Hövelmann an Corinna Reinecke, Geschäftsführerin des AWO-Kreisverbandes Wittenberg e.V. und Frau Hempel Geschäftsführerin der AWO Dessau-Roßlau e.V.

Katja Pähle: „Die AWO leistet einen unverzichtbaren Beitrag in der Beratung und Betreuung für Kinder, Familien und Senioren. Das wollen wir würdigen und anerkennen.“

Holger Hövelmann: „Das Angebot in Roßlau wird weiter ausgebaut und entwickelt. Ich freue mich, dass wir einen entscheidenden finanziellen Anteil beisteuern können.“

Die Spendenübergabe fand unter Beachtung der besonderen Hygienemaßnahmen am AWO-Standort Roßlau statt.



Zum Hintergrund: Die 11 Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion erhalten seit Juli 2020 eine Erhöhung ihrer Abgeordnetenentschädigung. In Kenntnis der besonders schwierigen Situation vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Unternehmerinnen und Unternehmer, Soloselbständigen und Künstlern hat die Fraktion beschlossen, die Summe der Erhöhung vollständig jeden Monat an eine soziale Einrichtung in Sachsen-Anhalt zu spenden.

Holger Hövelmann: „Angesichts von Kurzarbeit, erhöhter Arbeitslosigkeit und Einkommensausfällen bei Selbstständigen ist es ein wichtiges Signal, dass die Mitglieder der SPD-Fraktion die Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung gemeinsam für gemeinnützige Zwecke in unseren Wahlkreisen einsetzen“.

Die Fraktion entscheidet gemeinsam auf Vorschlag der Wahlkreisabgeordneten, wohin das Geld gespendet wird. Fraktionsvorsitzende Dr. Katja Pähle: „Die Aktion wird bis Ende der Wahlperiode fortgesetzt. So ergibt sich ein stolzer Gesamtspendenbetrag von 36.150,- Euro“

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.spd-dessau-rosslau.de



Den Geburtstagskindern im April herzlichen Glückwunsch!

Hans-Christian Sachse, Michael Köckert, Ingeborg Arnold,
Dirk Günther, Holger Pflug, Daniela Koppe, Jan Mußmann
und Jan Brademann



Impressum

DER ROTE SPATZ wird an alle Mitglieder SPD-Ortsvereine Dessau-Roßlau versendet. Darüber hinaus steht das Blatt auf der Seite <https://www.spd-dessau-rosslau.de/> zum Download bereit.

Herausgeber ist der SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau.

Postadresse: Hans-Heinen-Str. 40, 06844 Dessau-Roßlau.

Redaktion: Robert Hartmann, Daniel André Bräsecke, Daniela Koppe, Joachim Volger, Christine Walther, Daniel Kutsche
Einsendungen bitte an: cut.walther@hotmail.de

Redaktionsschluss ist jeder 20. des Monats.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht zu Kürzungen vor.

Im Übrigen geben die Artikel in erster Linie die Meinung der Autoren, nicht aber in jedem Fall die der Redaktion wieder.

Termine

SPD-OV-Online-Sitzung SiZiKü und Süd,
Do., 08.04.2021, 18 Uhr

Maifeiertag – Tag der Arbeit
Sa., 01.05.2021